

### Der (un-)mündige Bürger und die Postdemokratie

Ritzi, Claudia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ritzi, C. (2014). Der (un-)mündige Bürger und die Postdemokratie. [Rezension des Buches *Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, von I. Blühdorn]. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 5(1), 125-128. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61821-3>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

# Der (un-)mündige Bürger und die Postdemokratie

Claudia Ritzi\*

*Blühdorn, Ingolfur: Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, edition suhrkamp, Berlin 2013.*

Seit der gleichnamige Essay von Colin Crouch (2008 [2004]) den Begriff der ‚Postdemokratie‘ im zeitgenössischen politikwissenschaftlichen Diskurs etabliert hat, ist er, vor allem in Deutschland, Gegenstand vielfacher und vehementer Kritik geworden. Der Karriere des Diskurses über die Postdemokratisierung westlicher Demokratien hat dies kaum geschadet, in den letzten Jahren wurden zahlreiche Aufsätze und Bücher publiziert, in denen vor einem postdemokratischen Zeitalter gewarnt wird (vgl. beispielsweise Schäfer 2008; Mouffe 2011; Jörke 2010). Aus demokratietheoretischer Sicht ist die Auseinandersetzung mit den als „postdemokratisch“ titulierten Entwicklungen, also mit Veränderungen in westlichen Demokratien, die etablierte demokratische Normen in Frage zu stellen scheinen, grundsätzlich erfreulich: Sie hat – nicht zuletzt mit Blick auf die Suche nach den Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise – zu einer intensivierten Analyse von Entpolitisierung beziehungsweise Postpolitik geführt, die auf Gedanken aufbaut, die maßgeblich in der Politischen Theorie entwickelt wurden (vgl. beispielsweise Badiou/Rancière 2013; Greven 2009; Fach 2008). Unerfreulich ist jedoch, dass trotz aller Kritik an den Defiziten der Argumentation und Terminologie von Colin Crouch und anderen postdemokratischen TheoretikerInnen bislang nur wenige Versuche unternommen wurden, das Konzept der Postdemokratie weiterzuentwickeln und seinen analytischen Wert zu steigern (vgl. Ritzi 2014).

Ingolfur Blühdorn zählt zu den Wenigen, die einen solchen Versuch unternommen haben. In seinem Buch *Simulative Demokratie* setzt er sich mit der „postdemokratischen Wende“ und ihren Konsequenzen auseinander und erklärt ihre Entstehung modernisierungstheoretisch. Nicht der Neoliberalismus, so lautet seine den Analysen der postdemokratischen Referenztheoretiker Colin Crouch (2008; 2011), Jacques Rancière (2002; 2007) und Sheldon Wolin (2001; 2008) widersprechende These, ist die zentrale Ursache der Postdemokratisierung, sondern eine gesellschaftliche „Emanzipation zweiter Ordnung“ (167). Im Zuge dieses erneuten Emanzipationsprozesses, der uns in die dritte Moderne führe, entledigten sich die BürgerInnen partiell von zuvor erstrittenen Verantwortlichkeiten. „Kantisch gesprochen, geht es bei der Emanzipation zweiter Ordnung gewis-

---

\* Dr. Claudia Ritzi, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg  
Kontakt: ritzi@hsu-hh.de

sermaßen um den *Auszug aus der selbst erstrittenen Mündigkeit*“, so Blühdorn (144, Hervorhebung im Original). Die dritte Moderne ist in seinem Verständnis gekennzeichnet durch das „Aufweichen der bürgerlichen Vorstellung von Subjektivität und Identität“ (52), womit der „eigentliche Bezugspunkt des demokratischen Projekts, seine normative Grundlage“ (ebd.), entschwinde. Entpolitisierungsprozesse werden von Blühdorn also nicht als Ursache, sondern als Folge der postdemokratischen Wende begriffen.

Im Gegensatz zu den etablierten Stimmen im Postdemokratie-Diskurs zielt Blühorns Argumentation nicht auf eine Kritik der Postdemokratisierung. Anstelle eines Beitrags zur normativen Demokratietheorie will er – ganz im Sinne Schumpeters und Zolos – den Grundstein für eine aktualisierte „realistische Demokratietheorie“ legen. Die Politikwissenschaft müsse (an-)erkennen, dass „demokratische Verfahren zunehmend impraktikabel und sogar kontraproduktiv“ würden, weshalb Strategien der Entpolitisierung unweigerlich an Bedeutung gewinnen (38 f.). Die Etablierung einer „simulativen Demokratie“ sei vor diesem Hintergrund nichts anderes als die notwendige Konsequenz der gesellschaftlichen Modernisierung: Sie ermögliche das Festhalten an demokratischen Wertorientierungen und erlaube es zugleich, sich von diesen zu lösen, indem undemokratische Kräfte im politischen Prozess gestärkt würden (44 f.). Simulative Demokratie führe somit zur Entstehung einer „democracy to go“ (169), einer „zu nichts verpflichtende[n] Demokratie *für die fröhlichen Bürger von unterwegs*“ (ebd., Hervorhebung im Original), deren größtes Manko Blühdorn in ihrer Unfähigkeit zu nachhaltiger Politik sieht.

Seine Thesen untersucht der Autor in vier Schritten: Zunächst gibt er eine Einführung in theoretische Ansätze und empirische Studien, die sich mit Zustand und Perspektiven zeitgenössischer Demokratien befassen. Sowohl die etablierten Ansätze der Modernisierungstheorie als auch das partizipative und deliberative Paradigma werden hier als „demokratischer Optimismus“ rekonstruiert, dem es vor dem Hintergrund paradoxer empirischer Daten (beispielsweise der wachsenden Partizipationsenthaltung vieler BürgerInnen bei gleichzeitig hoher Wertschätzung demokratischer Werte und Normen) nicht gelinge, die Folgen der „Logik der Moderne“ (95, 105) in Gänze zu erfassen. Durch ihr idealistisches Festhalten an etablierten demokratischen Normen seien solche Ansätze und Theorien schlussendlich nicht dazu in der Lage, adäquate Antworten auf die Herausforderungen der dritten Moderne zu geben.

Im zweiten Schritt legt Blühdorn eine alternative Deutung des Status Quo vor und entwickelt in Auseinandersetzung mit den Ansätzen von Crouch, Rancière und Wolin seinen „starken Begriff“ (126) der Postdemokratie, der die Annahme eines autonomen und identitären Subjekts aufgibt. Die Identität moderner BürgerInnen rekonstruiert Blühdorn als „zunehmend fragmentiert und dynamisiert“ (135), die Menschen seien heute vor allem an Selbstverwirklichung orientiert und von dem Wunsch geprägt, sich der „*persönlichen Gemeinwohlorientierung*“ zu entledigen (145, Hervorhebung im Original). Nicht an RepräsentantInnen, sondern an „service provider“ delegierten sie selbstbewusst politische Aufgaben und gesellschaftliche Verantwortung (ebd.), sodass sie selbst sich verstärkt dem Konsum und der Freizeitgestaltung widmen könnten.

Im dritten Schritt seiner Argumentation beschreibt Blühdorn die politischen Konsequenzen dieser Situation: Demokratische Systeme müssten in der postdemokratischen Konstellation ohne den BürgerInnen als mündiges Subjekt auskommen und, mit Hilfe von „New Politics 2.0“, dennoch leistungsfähig agieren. Ihre Qualität und Stabilität hingen nicht mehr primär von klassischen demokratischen Normen wie Gleichheit oder Responsivität ab, sondern von ihrer „postdemokratischen Performanz“ (172 ff.), also von der Fä-

higkeit eines politischen Systems, mit Hilfe simulativer Politik einerseits die radikalisierten demokratischen Erwartungen und Bedürfnisse der BürgerInnen zu bedienen und andererseits den gegenläufig ausgerichteten Imperativen der globalisierten Welt Folge zu leisten.

Im letzten Argumentationsschritt untersucht Blühdorn die Leistungsfähigkeit der Postdemokratie mit Blick auf die Nachhaltigkeit und ökologische Krise. Diese schätzt er, ebenso wie die entsprechende Fähigkeit demokratischer Systeme, als gering ein.

Während die Rolle der BürgerInnen in den Arbeiten von Crouch, Wolin und Rancière als untertheoretisiert bezeichnet werden muss, steht die Bedeutung der Individuen und des gesellschaftlichen Wandels im Zentrum der Analyse von Ingolfur Blühdorn, womit er eine wichtige Weiterentwicklung des Konzepts der Postdemokratie vorlegt. Leider kann seine entsprechende Argumentation nur in Teilen überzeugen. So relevant es einerseits erscheint, sich mit Veränderungen im politischen Engagement zu befassen – ohne Zweifel sind institutionalisierte politische Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften seit vielen Jahren mit einem Mitgliederschwund konfrontiert, während soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen an Bedeutung im politischen Prozess gewonnen haben –, so überzogen erscheint es andererseits, von einem generellen Bedeutungsverlust „demokratische[r] Kategorien wie Partizipation, Repräsentation, Responsivität oder Legitimität“ (134) zu sprechen. Eine derart weitreichende Krisendiagnose erscheint weder plausibel noch ist sie notwendig, um aufzuzeigen, dass der Wandel bestimmter demokratischer Normen, trotz der generell hohen Wertschätzung, die die Demokratie heute in den Augen der BürgerInnen genießt, eine Herausforderung für die zeitgenössische Demokratie darstellt.

Auch andere Passagen des Buches leiden unter der starken Zuspitzung der Blühdorn'schen Thesen. So konstatiert der Autor beispielsweise fast beiläufig, dass Demokratie heute „eine massive Bedrohung für die Politik“ (156) darstelle, da „sich die gesellschaftlichen Realitäten faktisch längst nicht mehr demokratisch regieren lassen“ (ebd.). Einmal dahingestellt, ob es angemessen ist, unter „der Politik“ – wie Blühdorn es hier offensichtlich tut – primär die Handlungsabsichten der politischen Elite zu verstehen, bleibt doch anzumerken, dass Demokratie stets mit einem gegenüber anderen Regimeformen erhöhten Risiko für die Machthabenden einhergeht, ihren Willen nicht dauerhaft gegen die Interessen der BürgerInnen durchsetzen zu können. Dies dürfte kein charakteristisches Signum der dritten Moderne sein.

Die Entstehung einer „simulativen Demokratie“ wird von Blühdorn außerdem nicht nur als Folge gesellschaftlicher Wandlungsprozesse betrachtet, sondern auch auf nicht näher beschriebene „systemische Imperative“ (beispielsweise 182) zurückgeführt. Den Begriff des Neoliberalismus meidet er (bemerkenswerterweise sogar bei der Rekonstruktion der Thesen von Crouch, Rancière und Wolin) nach Kräften, allein der Verweis auf die globalisierte Ökonomie genügt ihm jedoch nicht, um die Möglichkeit einer „authentischen Alternative“ (182) zu den Techniken der „New Politics 2.0“ gänzlich zu verneinen. Den Verweis auf systemische Imperative benötigt er also, um die Unausweichlichkeit der Transformation moderner Demokratien zu simulativen Demokratien – und damit auch die Notwendigkeit der Aufgabe bestimmter normativer Standards, deren Aufrechterhaltung er als demokratiethoretische Nostalgie betrachtet – zu konstatieren. Eine solche Argumentation erfüllt aufgrund ihrer mangelnden empirischen Fundierung und ihrer begrenzten Fähigkeit, einander widersprechende empirische Trends zu erklären, nicht die Standards, die an eine realistische Demokratietheorie zu stellen sind. Sie ist, wie der Au-

tor zu Recht betont, deshalb jedoch auch nicht als normatives Plädoyer für die Aushöhlung demokratischer Werte zu verstehen. Dennoch impliziert sie an verschiedenen Stellen eine Kapitulation vor jenen angeblichen Sachzwängen, deren Hinterfragung im Fokus anderer Beiträge zum Postdemokratie-Diskurs steht.

In mancherlei Hinsicht fällt Blühdorn also hinter jene Ziele zurück, die er sich selbst zu Beginn des Buches gesteckt hat. Nichtsdestoweniger hat er mit der *Simulativen Demokratie* eine interessante Monographie verfasst, welche ihre LeserInnen an vielen Stellen zum Nachdenken anregt und die sich mit Sicherheit auch sehr gut für Lehrveranstaltungen eignet, in denen die Perspektiven zeitgenössischer Demokratietheorie diskutiert werden.

## Literatur

- Badiou, Alain / Rancière, Jacques, 2013: Politik der Wahrheit, 2. Auflage, Wien / Berlin.
- Crouch, Colin, 2008 [2004]: Postdemokratie, Frankfurt (Main).
- Crouch, Colin, 2013: Das befreundliche Überleben des Neoliberalismus, Frankfurt (Main).
- Fach, Wolfgang, 2008: Das Verschwinden der Politik, Frankfurt (Main).
- Greven, Michael Th., 2009: Die politische Gesellschaft: Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie, 2. Auflage, Wiesbaden.
- Jörke, Dirk, 2010: Was kommt nach der Postdemokratie? In: Vorgänge 49, 17–25.
- Mouffe, Chantal, 2011: „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 51, 3–5.
- Rancière, Jacques, 2002 [1995]: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt (Main).
- Rancière, Jacques, 2007 [2005]: Hatred of Democracy, London / New York.
- Ritzi, Claudia, 2014: Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven, Wiesbaden.
- Schäfer, Armin, 2008: Krisentheorien der Demokratie. MPIfG Discussion Paper 08/10; [http://www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp08-10.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp08-10.pdf), 10. 10. 2012.
- Wolin, Sheldon S., 2001: Tocqueville Between Two Worlds, Princeton..
- Wolin, Sheldon S., 2008: Democracy Incorporated. Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism, Princeton.